

EU-Kommunal

Nr. 5/2011

vom 04.05.2011

1. Hypothekenkredite

Die vorzeitige Rückzahlung von Hypotheken für Wohnimmobilien soll erleichtert werden. Insbesondere bei Scheidungen oder Arbeitslosigkeit soll durch nationale Vorgaben sichergestellt werden können, dass dem Verbraucher die vorzeitige Rückzahlung nicht übermäßig erschwert wird und ihm dadurch auch keine übermäßigen Kosten entstehen. Das sieht der Richtlinienvorschlag der Kommission über Wohnimmobilienkreditverträge vor. Das dürfte insbesondere für die deutschen Verbraucher einer der besonders wichtigen Regelungen sein. Denn nach einer Untersuchung aus dem Jahr 2004 müssen in Deutschland mit Abstand die höchsten Entschädigungen bei vorzeitiger Ablösung von Immobiliendarlehen gezahlt werden. Der Richtlinienvorschlag verpflichtet den Kreditgeber darüber hinaus sowohl zu einer umfassenden Information der Kreditnehmer als auch zu einer eingehenden Bonitätsprüfung. Schließlich sollen den Kreditnehmern mit einem standardisierten Merkblatt ein direkter Vergleich der Konditionen unterschiedlicher Anbieter, unter Angabe des effektiven Jahreszinses, ermöglicht werden.

Die Richtlinie soll eu-weit verbindliches Recht für Verbraucher schaffen, die eine Wohnimmobilie kaufen oder ein Darlehen aufnehmen, das durch ihre Immobilie abgesichert werden soll. Die Vorschriften können durch nationale Regelungen auch auf kleine oder mittlere Unternehmen ausgedehnt werden. Die Richtlinie muss vom Parlament und Rat angenommen werden.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/383&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Richtlinienvorschlag der Kommission (61 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/docs/credit/mortgage/com_2011_142_de.pdf

Umfassend zu Hypothekarkrediten unter

http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/credit/mortgage_de.htm

2. Intelligente Stromnetze

Die Entwicklung von intelligenten Netzen soll beschleunigt werden. Intelligente Stromnetze (sog. Smart grids) ermöglichen eine digitale Kommunikation zwischen Versorger und Verbraucher, ergänzt durch moderne Zähler und Überwachungssysteme. Diese modernen Netze stellen sicher, dass sie auch bei schwankender Einspeisung durch erneuerbare Energien reibungslos funktionieren, also Elektrizität genau dorthin fließt, wo sie gebraucht wird. In Europa sind in den letzten zehn Jahren mehr als 5,5 Mrd. EUR in ca. 300 Projekte für intelligente Netze investiert worden. Die EU befindet sich aber noch in der Frühphase der Realisierung intelligenter Netze. Denn derzeit sind nur in ca. 10 % der Haushalte intelligente Zähler installiert, die jährlich bis zu 10 % des Stromverbrauchs sowie 9 % an CO₂-Emissionen einsparen können. Bis Mitte 2012 sollen Zeitpläne für die Einführung Intelligenter Stromnetze und bis Ende 2012 die ersten technischen Standards fertig ausgearbeitet sein. Die Mitteilung der Kommission (15 Seiten) vom 12.4.2011 unter http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/smartgrids/doc/20110412_act_de.pdf Weitere Einzelheiten zu Intelligenen Stromnetzen (Englisch) unter http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/smartgrids/smartgrids_en.htm

3. Stromrechnungen

Stromrechnungen sollen monatlich dem Verbraucher vorgelegt werden. Auf Anregung von EU-Energiekommissar Günther Oettinger sollen die Energieversorger ggf. gezwungen werden, allen Kunden monatlich eine detaillierte Verbrauchs- und Kostenrechnung für Strom und Gas zu geben.

4. Energie - Steuern

Kraftstoffe, Heizstoffe und Strom sollen nicht mehr nach der Menge, sondern nach ökologischen Indikatoren besteuert werden. Bislang gibt es nur EU-Mindestsätze für die Besteuerung von Energieerzeugnissen, die auf der Grundlage der verbrauchten Menge festgelegt sind. Nach dem von der Kommission vorgelegten Richtlinienvorschlag für eine einheitliche Energiesteuer in der EU soll der Mindeststeuersatz künftig nach dem Energiegehalt und dem CO₂-Ausstoß aufgeteilt werden:

- tatsächlicher Energiegehalt in einem Kraftstoff (9,6 Euro pro Gigajoule (GJ) für Kraftstoffe bzw. 0,15 Euro/GJ für Brennstoffe) und
- CO₂-Emissionen bei der Energieerzeugung (20 Euro pro Tonne CO₂).

Dabei soll aus Gründen der Gerechtigkeit der Mindestsatz für alle konkurrierenden Erzeugnisse (z. B. für alle Heizstoffe oder alle Kraftstoffe) gleich sein. Danach würden eu-weit für die Besteuerung von Benzin, Diesel, Autogas und Biosprit die gleichen Regeln gelten. Da der Energiegehalt von Diesel 12% höher als beim Benzin ist, würde Diesel nach diesem Konzept auch stärker besteuert werden; Biotreibstoffe entsprechend weniger, da sie einen geringeren Energiegehalt aufweisen, als die klassischen Treibstoffe Diesel und Benzin. Im ersten Quartal 2011 waren fast 50% der Erstzulassungen in Deutschland Dieselfahrzeuge. Es wären also tiefgreifende Veränderungen auf dem europäischen Automarkt zu erwarten, sollte das Konzept der Kommission die Zustimmung des Rats finden und u.a. das Dieselprivileg auf Sicht gestrichen werden. Energie zu Heizzwecken in Haushalten kann von den Mitgliedstaaten gänzlich von der Steuer freigestellt werden, unabhängig davon, welches Energieerzeugnis verwendet wird.

Da bei Steuern die Zustimmung der EU-Staaten einstimmig erfolgen muss, ist derzeit nicht absehbar, ob das neue Steuerkonzept in der Praxis zum Tragen kommt.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/468&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Kommissionsvorschlag unter

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/com_2011_169_de.pdf

Ein Bürger-Info zum Kommissionsvorschlag unter

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/energy_citizen_summary_de.pdf

5. Telemedizin

Termin 25.5.2011

Die Telemedizin, d.h. die Fernüberwachung und -behandlung von Patienten, hat Zukunft.

Insbesondere durch Telemonitoring kann älteren Menschen und chronisch Erkrankten besser und schneller geholfen werden. Auch die Dauer und Erforderlichkeit eines Krankenhausaufenthalts wird durch die Telemedizin nachhaltig beeinflusst. Auf der CeBIT 2011 berichtete Kommissar Dalli von einem einschlägigen Pilotprojekt in Deutschland. Von 130 Patienten waren bei Anwendung von Telemedizin 60 % weniger in ein Krankenhaus überwiesen worden und 70 % hätten dort einen kürzeren Aufenthalt gehabt.

In einem Konsultationsverfahren wird derzeit gefragt, wie die Qualität und Effizienz der Gesundheitsfürsorge über die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Gesundheitssektor („eHealth“) weiter entwickelt werden kann. Die Konsultation endet am 25.Mai. Das Ergebnis wird in einem Aktionsplan elektronische Gesundheitsdienste eingehen, den die Kommission Ende 2011 vorlegen will.

Die CeBIT-Rede Dalli unter

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9778_de.htm

Pressemitteilung zum Konsultationsverfahren unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/461&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=e>

6. Luftqualität und Gesundheit

Die Luftverschmutzung an stark befahrenen Strassen ist nachweisbar für

Gesundheitsschäden ursächlich. Das ist das Ergebnis eines von der Kommission finanzierten Projekts, in dem zwischen 2008 und 2011 in 12 Ländern und 25 Städten mit 39 Millionen Einwohnern Untersuchungen über den Zusammenhang von Krankheit und Luftverschmutzung an stark befahrenen Straßen (Straßenschluchten) analysiert worden sind. Nach Darstellung der beteiligten Wissenschaftler wurde im Rahmen der Studie nachgewiesen, dass durch Einhaltung eines Jahreshgrenzwerts von 10 µg/m³ für PM_{2,5}-Konzentrationen in 25 europäischen Großstädten die Lebenserwartung der über 30-Jährigen um bis zu 22 Monate verlängert und Gesundheitskosten in Höhe von 31,5 Milliarden EUR eingespart werden könnten.

Einzelheiten zur Studie unter

<http://www.medical-tribune.at/dynasite.cfm?dsmid=98478&dspaid=795467>

Zusammenfassung der Ergebnisse der Aphekom-Studie (Englisch 12 Seiten) unter

<http://www.endseurope.com/docs/110302b.pdf>

7. Tagfahrlicht

Seit dem 07.02.2011 ist eu-einheitlich für alle neuen PKW und kleine Lieferwagen Tagfahrlicht vorgeschrieben. Tagfahrleuchten sind Spezialleuchten, die sich beim Anlassen des Motors automatisch einschalten. Dadurch wird die Verkehrssicherheit erheblich verbessert. Denn entsprechend ausgerüstete Fahrzeuge sind für die Verkehrsteilnehmer, einschließlich Fußgänger, Radfahrer und Motorradfahrer, deutlicher und früher zu erkennen als Fahrzeuge mit Abblendlicht. Erst ab August 2012 gilt diese EU-Vorschrift auch für alle neuen Busse und LKW.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/133&format=HTML&aged=0&language=DE&gu>

8. Ländlicher Raum

Die Kommission hat den Jahresbericht 2010 zur ländlichen Entwicklung vorgelegt. Danach waren im Berichtsjahr Agrarumweltmaßnahmen (23,1 %) und die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (11,1 %) die Schwerpunkte des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Der Bericht (Englisch, 257 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/rurdev2010/index_en.htm

9. Frauen im ländlichen Raum

Die Strategien der ländlichen Entwicklung sollen die Rolle der Frauen stärker berücksichtigen. In einer Entschließung vom 5.4.2011 fordert das Parlament, dass die agrarpolitischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Frauen im ländlichen Raum ihr Potenzial zur Verwirklichung einer multifunktionalen und nachhaltigen Landwirtschaft besser nutzen können. Als oft von Frauen initiierte Wachstumsmotoren werden beispielhaft genannt: Urlaub auf dem Bauernhof, ländlichen Tourismus, Direktvermarktung (Hofläden) und Pflegeeinrichtungen für Senioren und Kinder. Die Entschließung vom 5.4.2011 „Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum“ unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0122+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

10. Waldbewirtschaftung

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung ist als grenzübergreifende Aufgabe erkannt worden. Die EU-Staaten und 19 weitere europäische Staaten bereiten derzeit ein Abkommen vor, das ab 2013 eine nachhaltige Waldbewirtschaftung gewährleisten soll. Eine entsprechende Vereinbarung soll im Juni 2011 in Oslo verabschiedet werden.

Der Entwurf (Englisch, 7 Seiten) unter

http://www.foresteurope.org/filestore/foresteurope/Meetings/2011/FOREST_EUROPE_Expert_Level_Meeting_Oslo_2011/ELM_2011_Oslo_Doc2_DraftOsloMinisterialDecisions.pdf

11. Natura-2000

Die Natura-2000-Gebiete umfassen rund 18% der EU-Landfläche und mehr als 130 000 km² der EU-Meere. Nach der jüngsten Aktualisierung beträgt der Zuwachs geschützter Gebiete 27 000 Quadratkilometer, davon 17 500 Quadratkilometer Meeresgebiete. Natura 2000 ist das Herzstück von Europas Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt und des Bemühens um den Erhalt von Ökosystemen.

Weiteres unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/18&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die neuesten Erweiterungen von Natura 2000 unter

http://circa.europa.eu/Public/irc/env/natura_2000/library?l=/candidate_importance/biogeographical&vm=detailed&sb=Title

12. Kinder im Internet

Kindern sind im Internet allenfalls bedingt geschützt. Das hat eine europaweite Umfrage zum Umgang von Kindern mit sozialen Netzwerken ergeben. Im EU-Durchschnitt haben 77 % der 13- bis 16-Jährigen (Deutschland 72%, Österreich 79%) und 38% der 9- bis 12-Jährigen (Deutschland 27%, Österreich 41%) in der EU ein Profil auf der Website eines sozialen Netzes. Ein Viertel der Kinder, die soziale Netze wie Facebook, Hyves, Tuenti, Nasza-Klasa SchuelerVZ, Hi5, Iwiw oder Myvip nutzen, gibt dabei an, dass ihr Profil auf „öffentlich“ eingestellt ist, also von jedermann eingesehen werden kann; bei vielen dieser Profile werden auch Adresse und Telefonnummer preisgegeben. Diese Kinder sind damit großen Gefahren ausgesetzt und eine leichte Beute für Stalking und Grooming. Die Kommission hat daher alle Betreiber sozialer Netze (nochmals) aufgerufen, umgehend dafür sorgen, dass die Profile Minderjähriger grundsätzlich nur für ihre bestätigten Kontakte zugänglich und für Suchmaschinen nicht erreichbar sind. Außerdem sollten Betreiber, die die „Safer Networking Principles“ der EU bisher noch nicht unterzeichnet haben, dies unverzüglich nachholen. Die Kommission hat eine Überprüfung dieser von der Branche geschlossenen Selbstkontrolle-Vereinbarungen eingeleitet.

Weiters in der Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/479&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

13. Bildungspolitik – Portal

Es gibt jetzt ein Internet-Portal für die EU-Bildungspolitik. Das von der Kommission geschaffene Portal soll sicher stellen, dass europäischen Prozesse und Initiativen im Bildungsbereich ausreichend transparent und verständlich sind. Auf dieser Website sind daher Wissenswertes rund um die europäische Bildungspolitik, zahlreiche Dokumente und aktuelle Informationen aus Brüssel zusammen gestellt.

Das Portal unter

www.eu-bildungspolitik.de

14. Bildung - Glossar

Ein Glossar „Qualität in Bildung und Ausbildung“ definiert die wichtigsten Begriffe zu diesem Thema. Berücksichtigung finden aktuelle Entwicklungen auf dem Bildungssektor, z.B. den Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQF) und das Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET).

Die Veröffentlichung (157 Seiten Englisch/ Französisch) unter http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/4096_en.pdf

15. Sicherheit im Sport- und Wohnbereich

Die Kommission hat Sicherheitsvorschriften für Turn- und Trainingsgeräte sowie „Fensterverschlüsse“ verabschiedet. Bei den Turngeräten handelt es sich um die im Schul- und Vereinssport üblichen Geräte, wie Barren, Reck, Sprossenwände, Schwebebalken und Trampoline. Maßstab für die Sicherheitsanforderungen ist die Benutzung durch Kinder mit deren kindgerecht geringeren Risikowahrnehmung. Bei den Trainingsgeräten geht es um Geräte, die in Fitnessstudios, Hotels, Sport- und Gesundheitszentren und Rehabilitationseinrichtungen zum Einsatz kommen. Bei den „Fensterverschlüssen“ geht es um Schnüre, Ketten und Kugelketten von Jalousien, Rollos u.ä., die für Kinder eine Strangulationsgefahr bilden können. Die Vorschläge wurden vom Rat bereits gebilligt.

Turngeräte unter

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st07/st07051.de11.pdf>

Trainingsgeräte unter

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st07/st07324.de11.pdf>

Fensterverschlüsse unter

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st07/st07491.de11.pdf>

16. Tiertransport

Es gibt ein Gutachten über den Tierschutz während des Transportes. Die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) vorgelegte Untersuchung enthält Empfehlungen für den tierschutzgerechten Transport verschiedener Nutztiere. Die Untersuchung wird in einen für Ende 2011 erwarteten Bericht einfließen, mit dem die Überarbeitung der Verordnung über den Schutz von Tieren (EG Nr. 1/2005) vorbereitet wird.

Das Gutachten (Englisch, 125 Seiten) unter

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/1966.pdf>

17. Stress am Arbeitsplatz

Die Kommission hat eine Studie über Stress am Arbeitsplatz vorgelegt. Mit dieser Studie ist die Wirksamkeit einer 2004 geschlossenen Vereinbarung zwischen den europäischen Sozialpartnern untersucht worden, die ein Minimum an Schutz vor Stress am Arbeitsplatz gewährleisten soll. Die Studie bewertet die Vereinbarung als hilfreich bei der Stressbewältigung. Allerdings sei der arbeitsbedingte Stress in den letzten zehn Jahren in sechs EU-Staaten, darunter auch in Deutschland, gestiegen. Nach jüngsten Studien stehen 50 % bis 60 % aller Ausfalltage mit Stress in Verbindung und verursachen nach Schätzungen eu-weit Kosten von 4 % des BIP.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/223&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Bericht der Kommission (Englisch 97 Seiten) unter
<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6560&langId=en>

18. Haftbefehl

Der Europäische Haftbefehl beschleunigt die europaweite Verfolgung von Straftätern. Zwischen 2005 und 2009 wurden insgesamt 54.689 Europäische Haftbefehle ausgestellt, die zur Auslieferung von 11.630 Tatverdächtigen führten. In dieser Zeit hat sich auch das Auslieferungsverfahren deutlich verkürzt, von durchschnittlich 12 Monaten auf 16 Tage bei Zustimmung oder 48 Tage bei der Auslieferung gegen den Willen des Tatverdächtigen. Nach einem Kommissionsbericht gibt es aber beim Grundsatz der Verhältnismäßigkeit noch Nachbesserungsbedarf. Damit in der Praxis nur bei schweren Straftaten und nicht bei jedem Fahrraddiebstahl ein Europäischer Haftbefehl ausgestellt wird, will die Kommission im September 2011 Vorschläge für eine zeitnahe Schulung der zuständigen Justizbehörden und Juristen vorlegen. 2099 sind in Deutschland 2433, in Österreich 292, in Frankreich 1240 und in Polen 4844 Europäische Haftbefehle ausgestellt worden.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/454&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zum Europäischen Haftbefehl siehe unter

http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/judicial_cooperation_in_criminal_matters/l33167_de.htm

19. Europäische Genossenschaft

Termin: 15.6.2011

Die praktische Bewährung der Europäischen Genossenschaft wird hinterfragt.

Das im August 2006 in Kraft getretene Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) sieht vor, dass nach fünfjähriger Geltungsdauer ein Erfahrungsbericht vorzulegen ist, ggf. mit erforderlichen Änderungsvorschlägen. Die Kommission hat die Ergebnisse und Empfehlungen einer einschlägigen Studie in einem Konsultationsverfahren allen Betroffenen vorgelegt. Stellungnahmen sind bis zum 15.6.2011 möglich.

Das Konsultationspapier unter

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/public-consultation/index_de.htm

20. Folgenabschätzungen

Das Parlament will künftig eigene Gesetzesfolgeabschätzungen durchführen.

Damit kritisieren die Parlamentarier auch den Mangel an Transparenz und Ausgewogenheit der von der Kommission vorgelegten Folgeabschätzungen. In den parlamentarischen Folgeabschätzungen sollen insbesondere die unmittelbaren Folgen für die Bürger stärkere Berücksichtigung finden. Der Konsultationszeitraum soll von 8 auf 12 Wochen verlängert werden. Neben einer reinen Kosten-Nutzen-Analyse sollen auch soziale, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen berücksichtigt werden. Für die Parlamentspraxis wird insbesondere die Absicht besondere Bedeutung erlangen, dass bei Kommissionsvorlagen auch die Option des Nichthandelns („status quo“) geprüft werden soll.

21. Abfallrahmenrichtlinie

Die EU-Abfallrahmenrichtlinie wird über das Kreislaufwirtschaftsgesetzes ins deutsches Recht umgesetzt. Das Bundeskabinett hat dazu am 30.3.2011 eine entsprechende Novelle beschlossen. Danach sollen 65 % aller Siedlungsabfälle bis zum Jahr 2020 recycelt und 70 % aller Bau- und Abbruchabfälle stofflich verwertet werden. Damit liegt Deutschland über der durch die EU vorgegebenen Recycling-Quote. Ende 2016 wird darüber hinaus geprüft, ob die Verwertungsquote für Bau- und Abbruchabfälle weiter gesteigert werden kann. Spätestens ab dem Jahr 2015 müssen flächendeckend Bioabfälle sowie Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfälle getrennt gesammelt werden. Die Getrenntsammlungspflicht steht ausdrücklich unter dem Vorbehalt der technischen Möglichkeit und wirtschaftlichen Zumutbarkeit. Der Gesetzentwurf unter <http://www.bmu.de/kwgg>

22. Europa-Union

Die Europa-Union gibt sich ein neues Grundsatzprogramm. Unter dem Motto „Die europäische Idee im 21. Jahrhundert“ will die Europa-Union eine breite Diskussion anregen und die Vision des europäischen Föderalismus weiter entwickeln. Erste Ergebnisse sollen 2011 vorgelegt und das neue Programm auf dem Bundeskongress 2012 verabschiedet werden.

Weiteres unter

<http://www.europa-union.de/ueber-uns/grundsatzprogrammdebatte/>

23. EU Parlament gestärkt

Das Europäische Parlament ist durch den Vertrag von Lissabon deutlich gestärkt worden. Die Bundesregierung will daher die jährliche Berichtspflicht über ihre Bemühungen zur Stärkung der gesetzgeberischen Befugnisse des Europäischen Parlaments einstellen. Das hat sie im Rahmen einer Unterrichtung des Bundstags am 14.1.2011 erklärt (BT Ds 17/4418) .Ausdrücklich erwähnt werden in diesem Zusammenhang die Möglichkeit des Europäischen Parlaments, den EU-Haushaltsentwurf abzulehnen und das Recht, Änderungen in den EU-Verträgen selbst formell vorzuschlagen. Damit sei das Parlament gleichberechtigter Akteur mit den Regierungen der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission.

Die Bundestagsdrucksache 17/4418 unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/044/1704418.pdf>

24. Europäisches Amtsblatt

Die elektronische Ausgabe des Amtsblatts der EU soll künftig rechtsverbindlich sein. Alle EU-Mitgliedstaaten haben mittlerweile Online-Ausgaben ihrer Gesetzesblätter und mehr als die Hälfte davon sind rechtsverbindlich. Ein Jahresabonnement der Papierausgabe des Amtsblatts kostet momentan rund 1.000 Euro. Der Vorschlag der Kommission bedarf der Zustimmung von Rat und Parlament.

Weitere Einzelheiten unter

http://publications.europa.eu/official/index_de.htm

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/399&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

25. Abgeordnete direkt

Die Internetplattform „Twittere an dein MdEP“ erleichtert die direkte Kontaktaufnahme mit Abgeordneten des EU-Parlaments. Die auch in deutscher Sprache verfügbare Seite bietet eine einfach zu bedienende Navigation. So kann man z. B. über ein Suchfeld alle Abgeordneten ermitteln, die für ein bestimmtes Sachgebiet zuständig sind. Auch viele deutsche Abgeordnete sind erreichbar über <http://www.tweetyourmep.eu/home/de>
